



Geschäftsführung Finanzausschuss

Herr Rausch

Telefon: (0221) 221-25939

Fax: (0221) 221-23902

E-Mail: Michael.Rausch@Stadt-Koeln.de

Datum: 01.09.2010

Niederschrift

über die **Sitzung des Finanzausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 14.06.2010, 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Martin Börschel	SPD
----------------------	-----

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Werner Böllinger	SPD	
Herr Peter Kron	SPD	
Herr Götz Bacher	SPD	
Herr Henk Benthem van	CDU	als Vertreter von Herrn Köhler
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU	
Herr Karl-Jürgen Klipper	CDU	
Herr Karsten Möring	CDU	ab 15.08 Uhr (TOP A.)
Herr Jörg Frank	GRÜNE	
Frau Kirsten Reinhardt	GRÜNE	
Herr Andreas Wolter	GRÜNE	
Herr Ulrich Breite	FDP	
Herr Manfred Rouhs	pro Köln	ab 15.50 Uhr (TOP A.) bis 16.15 Uhr

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Claus Ludwig	DIE LINKE.	
Herr Klaus Hoffmann	Freie Wähler Köln	ab 15.15 Uhr (TOP A.)

Verwaltung

Herr Oberbürgermeister Jürgen Roters	bis 16.18 Uhr (TOP A.)
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen	ab 15.35 Uhr (TOP A.)

Herr Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst

ab 15.10 Uhr (TOP A.)
bis 16.55 Uhr (TOP
12.5)

Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander

Herr Hans-Jochen Hemsing

als Vertreter des Rech-
nungsprüfungsamtes

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

- I. Der Finanzausschuss stimmt zu, dass die Tagesordnung um folgende Punkte erweitert wird:

12. Allgemeine Beschlussvorlagen

- 12.5. Sanierung Opernquartier Köln, VOF-Verfahren für Leistungen der Objektplanung

2168/2010

- 12.6. Förderprogramm des Bundes für Investitionen in nationale Welterbestätten hier: Förderantrag für das Projekt "Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium", Mitteleinstellung in den Haushalt und Freigabe investiver Auszahlungsermächtigung

2106/2010

nichtöffentlicher Teil

10. Allgemeine Vorlagen

- 10.1. Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)

2098/2010

- 10.2. Verlängerung der Mandatierung eines Externen mit steuerlichen Beratungsleistungen für den BgA Stadtbahnbau

2125/2010

- II. Der Finanzausschuss ist damit einverstanden, dass folgende, bisher noch nicht auf der Tagesordnung vermerkte Drucksachen in der heutigen Sitzung behan-

delt

werden:

2. Mitteilungen der Verwaltung

2.1. Konjunkturpaket II
Statusbericht 26.05.2010
2201/2010

2.2. Entwicklung des Anordnungssolls der Gewerbesteuer und Branchenaufteilung
2361/2010

2.3. Entwicklung der Gewerbesteuer
2435/2010

2.4. Ergebnisse der Steuerschätzung von Mai 2010 und Auswirkung auf den städtischen Haushalt
2441/2010

3. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1. Anfrage der FDP-Fraktion betr. Außenstände der Stadt Köln
AN/1092/2010

4. Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1. Antrag der FDP-Fraktion betr. Neues Kommunales Finanzmanagement: Eröffnungsbilanz - Unbebaute Grundstücke
AN/0589/ 2010

4.2. Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Hpl 2010/2011 - Haushaltskonsolidierung
AN/1133/2010

nichtöffentlicher Teil

3. Mitteilungen gemäß § 113 Abs. 5 GO NW

- 3.1. Der Vertreter der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der RTZ Rechtsrheinisches Technologie- und Gründerzentrum Köln GmbH
2407/2010

III. Der Finanzausschuss legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Informationen zum Haushaltsplanentwurf 2010/2011

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2 Mitteilungen der Verwaltung

- 2.1 Konjunkturpaket II
Statusbericht 26.05.2010
2201/2010
- 2.2 Entwicklung des Anordnungssolls der Gewerbesteuer und Branchenaufteilung
2361/2010
- 2.3 Entwicklung der Gewerbesteuer
2435/2010
- 2.4 Ergebnisse der Steuerschätzung von Mai 2010 und Auswirkung auf den städtischen Haushalt
2441/2010

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Anfrage der FDP-Fraktion betr. Außenstände der Stadt Köln
AN/1092/2010

- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4.1 Antrag der FDP-Fraktion betr. Neues Kommunales Finanzmanagement: Eröffnungsbilanz - Unbebaute Grundstücke
AN/0589/ 2010
- 4.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Hpl 2010/2011 - Haushaltskonsolidierung
AN/1133/2010
- 5 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten sowie Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 6 Mitteilungen über Kostenerhöhungen gemäß § 24 Absatz 2 Gemeindehaushaltsverordnung in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln**
- 7 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes**
- 7.1 Sanierung und Umgestaltung des Spielplatzes Katharinenstraße in Köln-Godorf
0197/2010
- 8 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 9 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen**
- 10 Außerplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen**
- 11 Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2010 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2008/2009 in analoger Anwendung**
1993/2010
- 12 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 12.1 Teilprojekt aus dem Sanierungsgebiet Finkenberg
hier: Umbau des Nahbereichszentrums Finkenberg
1217/2010
- 12.2 Finanzierung/Bedarfsfeststellung städtebaulicher Masterplan für die Kölner Innenstadt;
hier: Arbeit der Lenkungsgruppe
1228/2010

- 12.3 Jahresabschluss 2009 der Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB), AöR
1767/2010
 - 12.4 Konjunkturprogramm II - Zusammenfassung und Umwidmung der Maßnahmen 42-141 (Neumöblierung VHS-Studienhaus) und 42-142 (Beschaffung Medienmöbel VHS-Studienhaus)
1770/2010
 - 12.5 Sanierung Opernquartier Köln, VOF-Verfahren für Leistungen der Objektplanung
2168/2010
 - 12.6 Förderprogramm des Bundes für Investitionen in nationale Welterbestätten
hier: Förderantrag für das Projekt "Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium", Mitteleinstellung in den Haushalt und Freigabe investiver Auszahlungsermächtigung
2106/2010
- 13 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Informationen zum Haushaltsplanentwurf 2010/2011

Der Ausschussvorsitzende begrüßt den Oberbürgermeister der Stadt Köln, der die Mitglieder des Finanzausschusses in der heutigen Sitzung über den Haushaltsplanentwurf 2010/2011 vorab informieren werde und für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehe.

In diesem Zusammenhang regt er an, den unter TOP 4.2 aufgeführten Dringlichkeitsantrag auf Grund des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt A. zu behandeln.

Der Finanzausschuss ist mit dieser Anregung einverstanden.

Nachfolgend übergibt der Ausschussvorsitzende das Wort an Herrn Oberbürgermeister Roters.

Der Oberbürgermeister begrüßt die Mitglieder des Finanzausschuss sowie die weiteren Anwesenden und dankt für die Gelegenheit in diesem Gremium über die Entscheidungen des Stadtvorstandes zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes der Jahre 2010/2011 berichten zu können. Da der Entwurf in der künftigen öffentlichen Diskussion eine nicht unerhebliche Rolle spielen werde, sehe er es als selbstverständlich an, den Finanzausschuss über die wesentlichen Eckpunkte, Grundlagen und zeitlichen Schritte zu informieren sowie den politischen Dialog hierüber zu eröffnen. Zu Beginn seiner Ausführungen stellt er fest, dass die dramatische Haushaltssituation und die bestehende Deckungslücke von derzeit rd. 463 Mio, Euro in der Nachkriegsgeschichte nahezu unvergleichlich sind. Angesichts dieser Größenordnung werde es nicht möglich sein, sie innerhalb eines Jahres oder einem Zeitraum von drei Jahren zu schließen. Deswegen habe sich die Verwaltung entschieden, einen mittelfristigen Konsolidierungszeitraum zu wählen, welcher es ermögliche die sozialen und gesellschaftlichen Strukturen nicht zu gefährden. Nach diesen Vorstellungen sei es möglich innerhalb von 10 Jahren zu einem ausgeglichenen Haushalt zu gelangen. Hierfür bedürfe es einer klaren finanzpolitischen Neuorientierung. Dies führe dazu, dass sich die Verwaltung wieder verstärkt auf die finanzierbaren Kernaufgaben konzentrieren sowie sich auf das Notwendige und Wichtige beschränken müsse. Ferner müsse man sich auf einen neuen Finanzrealismus einstellen, indem die Ausgaben im vorgegebenen Zeitraum auf ein realistisches Niveau abgesenkt werden. Die bisherige Situation, nach der ein Ausgleich des Haushaltes nur bei optimalen Spitzenwerten (z.B. Gewerbesteuererinnahmen) erreicht wird, ist auf Dauer nicht mehr vertretbar. Aus diesem Grund müsse die Haushaltsplanung auf ein langjähriges mittleres Niveau ausgerichtet werden. Mit dem Entwurf zum Haushaltsplan 2010/2011 und der begleitenden Finanzplanung würden bereits heute die Weichen für die Zukunft der Stadt Köln gestellt. Dazu bedürfe es aber auch mutiger und ehrlicher Entscheidungen, welche nicht immer populär seien. Nach Auffassung der Verwaltung müsse mit dem schwierigen und schmerzhaften Schritt zu einer Sanierung des Haushaltes zum jetzigen Zeitpunkt begonnen werden, da eine Verschiebung die nachfolgenden Generationen vor fast unlösbare Aufgaben stellen werde.

Zudem gelte es, den kommunalen Gestaltungsspielraum zu erhalten. Mit dem kommunalen Selbstverständnis der Stadt Köln könne es nicht vereinbart werden, sich für mehrere Jahre unter die Kontrolle der Kommunalaufsicht zu begeben. Daher sehe er es als besondere Verpflichtung an, diese Gestaltungsmöglichkeit zu erhalten. Ein wei-

teres Anliegen sei es, trotz aller Konsolidierungsanstrengungen, die Lebendigkeit und kulturelle Vielfalt in dieser Stadt zu erhalten, den sozialen Ausgleich anzustreben sowie die Zukunftsfähigkeit auszubauen.

Dies sei ohne eine faire, gerechte und sozial ausgeglichene Verteilung der Konsolidierungslasten nicht möglich. Insofern könne kein städtisches Aufgabengebiet von den Sparanstrengungen ausgenommen werden. Überdies müsse dies in den politischen Prozess und die Diskussion mit den gesellschaftlichen Gruppen eingebracht werden. Was die finanzielle Situation im Vergleich mit anderen Kommunen betreffe, befinde sich die Stadt Köln in einer relativ guten Lage. Dies begründe sich aus der Tatsache, dass sich die Stadt weder im Nothaushalt befinde noch bilanziell überschuldet bzw. auf Kassenkredite angewiesen sei.

Abschließend weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass die dramatische Finanzsituation der Stadt Köln nur zu einem geringen Teil hausgemacht ist, sondern vielmehr von externen Entscheidungen und Faktoren abhängt. Hier seien insbesondere die drastischen Einnahmerückgänge bei der Gewerbesteuer anlässlich der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und die kontinuierliche Erhöhung der Sozialausgaben zu erwähnen.

Ferner würden die Großstädte im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches immer deutlicher benachteiligt. Anlässlich dieser Bedingungen bedürfe es einer neuen Systematik und einer verbesserten Finanzausstattung. Letztendlich komme es zu einer immer weiteren Aufgabenübertragung durch Bund und Land, ohne dass ein finanzieller Ausgleich bzw. eine Entlastung erfolge. Aus diesem Grunde spreche er sich dafür aus, zukünftig eine Übernahme von neuen Aufgaben zu verweigern, wenn keine Durchfinanzierung gesichert ist. Außerdem halte er eine kommunale Finanzreform, eine breitere Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer und ein Aussetzen des kommunalen Solidaritätsbeitrages für erforderlich.

Bezüglich der weiteren Einzelheiten des Konzeptes zur freiwilligen Haushaltskonsolidierung in den nächsten zehn Jahren erfolge ein Vortrag von Herrn Stadtkämmerer Dr. Walter-Borjans.

Die Konsolidierung solle in drei Schritten erfolgen. Der erste Schritt in 2010 bestehe aus einer pauschalen Kürzung der Ansätze in Höhe von 7,5 bis 12,5 v.H.

Als weiteren Schritt habe der Stadtvorstand eine Liste von Einsparvorschlägen für 2010 in Höhe von 31,5 Mio. und für 2011 in Höhe von 64,6 Mio. Euro beschlossen. Diesen ersten Schritten müssten weitere folgen, um das Ziel einer Sanierung auf zehn Jahre zu erreichen.

Im Ergebnis gelte es in 2011 und 2012 zusätzliche Einsparungen im Volumen von 150 bis 200 Mio. Euro umzusetzen. Dieser lohnenden Aufgabe hätten sich alle Beteiligten in den nächsten Monaten zu unterziehen.

Der Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an Stadtkämmerer Walter-Borjans.

Stadtkämmerer Walter-Borjans stellt einleitend dar, dass die Abweichung bei der aktuell ermittelten Deckungslücke in Höhe von 463 Mio. gegenüber dem damals benannten Fehlbetrag in Höhe von 540 Mio. Euro keine Entspannung darstelle. Diese Reduzierung basiere auf der Tatsache, dass pauschale Kürzungen in Höhe von 160 Mio. Euro vorgenommen wurden. Unter Einbeziehung dieses Betrages verbliebe ein Saldo von 380 Mio. Euro. Da diese pauschalen Kürzungen nicht in vollem Umfang realisiert werden konnten, erhöhte sich der Fehlbetrag auf 440 Mio. Euro. Im Laufe der zeitlichen Abfolge habe es weitere Verschlechterungen gegeben, welche sich nunmehr auf 463 Mio. Euro saldieren.

In den Chefgesprächen mit den einzelnen Dezernaten habe er eine Atmosphäre erlebt, in der alle Beteiligten äußerst bemüht waren eigene Einsparpotentiale zu erbrin-

gen. Bereits jetzt sei absehbar, dass jede Einsparung seitens der Stadt Köln auch zu Kürzungen bei den Empfängern der Leistungen oder deren Zielgruppen führt. In der gegenwärtigen Situation bestehe für die Stadt Köln lediglich die Möglichkeit die zweimalige Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage von 5 % zu vermeiden und damit die Gestaltungshoheit über den städtischen Haushalt zu erhalten. Damit werde auch der Anlass für eine Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes geschaffen. In den jetzigen Berechnungen gehe man, abweichend von den Daten der Steuerschätzung, nicht mehr von einem weiteren Rückgang bei den Gewerbesteuererträgen im Jahr 2010 aus. Die Gesamtsumme der für die nächsten Jahre errechneten Fehlbeträge könne um die Summe aus den Einsparvorschlägen für 2010/2011 sowie eventuell verbesserte Steuereinnahmen reduziert werden. Hinzukomme noch die höhere Ausschüttung des Stadtwerkekonzerns ab Jahr 2011 sowie die Festschreibung der Personalkosten auf das Niveau des Jahres 2010. Wenn dies alles gelänge, sei es möglich, die Reste aus der Ausgleichsrücklage zu verwenden und die allgemeine Rücklage in 2010 nur sehr geringfügig in Anspruch zu nehmen. Im Jahr 2011 sei dann von einem Anstieg auf deutlich mehr als 5 % für die Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage auszugehen. Daher müsse der Betrag für 2012 wieder deutlich auf unter 5 % abgesenkt werden. Dieses Jahr stelle demnach den entscheidenden Punkt bei den Einsparbemühungen dar. Hinzukomme die Tatsache, dass die fehlende Ausgleichsrücklage wieder aufgefüllt werden müsse.

Im Ergebnis bedeute dies, dass die Sparanstrengungen konsequent fortzusetzen sind. Selbst bei Ausschöpfung aller Effizienzsteigerungen werde man um die Frage nach einer Senkung von Leistungen als auch der Erhöhung der Einnahmen, beispielsweise bei Gebühren und Eintrittspreisen, nicht vorbeikommen.

Abschließend stellt er fest, dass die verwaltungsinternen Gespräche von einem gemeinsamen und verantwortungsvollen Umgang mit der vorhandenen Situation geprägt waren. Diese Geschlossenheit müsse nicht nur innerhalb der Verwaltung sondern auch zwischen Verwaltung und Rat erhalten werden, da zwischenzeitlich Zweifel darüber bestanden, ob die Kürzungen gemeinsam getragen würden. Insofern appelliere er an alle Beteiligten dieses Vorgehen soweit wie möglich beizubehalten.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die ergänzenden Darstellungen des Stadtkämmerers. Nach Auffassung seiner Fraktion gehe die heutige Situation hinsichtlich der Dramatik und der Problemstellung deutlich über die des Jahres 2003 hinaus, in dem letztmalig ein Haushaltssicherungskonzept beschlossen werden musste. Dies verdeutliche, welche große Aufgabe in den nächsten Monaten verantwortungsvoll zu bewältigen sei. Der Abfall der finanzwirtschaftlichen Leistungskraft habe in den letzten Jahren dramatische Formen angenommen. In den Jahren 2007 und 2008 sei noch ein Überschuss von 500 Mio. Euro erwirtschaftet worden. Demgegenüber belaufe sich das Defizit in 2010 auf bislang rund 450 Mio. Euro. Diese Spanne verdeutliche den tiefen Abfall und beweise, dass die Situation überwiegend auf externe Faktoren zurückzuführen ist. Hierzu gehörten neben den weltwirtschaftlichen und konjunkturellen Auswirkungen in zunehmendem Maße auch Faktoren, durch die infolge Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene eine Knebelung der Kommunen eintrete. Da diese Situation nicht weiter tatenlos hingenommen werden könne, befürworte er die Initiative des Oberbürgermeisters.

Bezüglich des Haushaltsplanentwurfes weist er darauf hin, dass man sich erst am Ende der ersten Phase zu dessen Beratung befinde. Derzeit sei die Verwaltung am Zuge und bleibe es auch in diesem Verfahren bis zur offiziellen Einbringung des Haushaltes. Vor diesem Hintergrund begrüße er das Vorgehen der Verwaltung, sich dem Finanzausschuss zu einer Diskussion zu stellen. Nach seiner Erinnerung sei es ein erstmaliges Ereignis, dass der Oberbürgermeister in einer derart frühen Phase einem

Fachausschuss Rede und Antwort stehe. Hierfür bedanke er sich ausdrücklich. Auch dürften die gemeinschaftliche Arbeit des Stadtvorstandes und der gefundene Konsens nicht unerwähnt bleiben. Er halte dieses gemeinsame Vorgehen gegenüber dem Rat und der Öffentlichkeit für sehr vernünftig und sei dankbar, dass diese Kraftleistung möglich geworden ist.

Im Hinblick auf die inhaltlichen Rahmenbedingungen zum Haushaltsplanentwurf 2010/2011 befürwortet der Ausschussvorsitzende die Absicht, dass der Eintritt eines förmlichen Haushaltssicherungsverfahrens vermieden werden solle. Dies finde die ausdrückliche Zustimmung der SPD-Fraktion. Gemeinsames Ziel sei es, das Heft des Handelns in der Hand zu behalten. Daher halte er es für sehr richtig, dass die Stadt Köln ein eigenes Sparkonzept mit einem längeren Konsolidierungszeitraum von 10 Jahren anstrebe. Ein schnelleres Verfahren würde zu einem planlosen und unerwünschten Zerschlagen von Strukturen führen. Das Ende der ersten Phase verbinde er mit einem Appell an die Verwaltung, dem Rat einen Haushaltsplanentwurf vorzulegen, welcher diesen selbst gesteckten und richtigen formalen Kriterien Rechnung trage. Zudem gelte es bei diesem Sparpaket keine Bereiche auszulassen und dieses sozialverträglich sowie ausgewogen zu gestalten. Hierbei sollten insbesondere die Chancen von Kindern und Jugendlichen besondere Berücksichtigung finden. Dieses Ziel spiegele sich auch in dem vorliegenden gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wider. Bei allen Einsparbemühungen müsse aber verhindert werden, dass kurzfristiges und planloses Sparen zu einer Erhöhung der Folgekosten führe, was den ursprünglichen Effekt wieder zu Nichte mache.

Am Ende seiner Ausführungen geht der Ausschussvorsitzende nochmals auf die wesentlichen Punkte des vorliegenden Dringlichkeitsantrages ein. Bezüglich der Pauschalkürzungen seitens der Verwaltung sei es dringend geboten, die politische Prioritätensetzung zu unterstützen und weitere Bewertungshilfen zur Verfügung zu stellen. Dabei sollten auch Überlegungen bezüglich einer Änderung der Vorgaben oder einer Kompensation durch andere Maßnahmen aufgezeigt werden. Zudem sollte in den Bereichen in denen kommunale Aufgaben durch Dritte wahrgenommen werden, ein Höchstmaß an Planungssicherheit geschaffen werden. Diese Planungssicherheit dürfe aber nicht dazu führen, dass bestimmte Ansprüche und Leistungen nicht angetastet und somit Tabuzonen geschaffen werden. Hier sollten alle Beteiligten partnerschaftlich miteinander umgehen und versuchen die Aufgabe bestmöglich und effizient zu erledigen. In diesem Kontext stelle auch die Bürgerbeteiligung einen wichtigen Punkt dar. Aufgrund der derzeitigen Herausforderungen halte er es für erforderlich, das bisherige Verfahren zum Bürgerhaushalt an die veränderte Situation anzupassen. Bezüglich der im Raume stehenden Sparaktionen zeigt er sich zuversichtlich, dass ein planvolles, sozial ausgewogenes, transparentes und mit Augenmaß vorgenommenes Handeln auch von den Bürgerinnen und Bürgern anerkannt werde.

Ratsmitglied Klipper äußert Kritik an der vorab erfolgten Information der Presse. Hier erwarte er gegenüber den Mitgliedern des Finanzausschusses bzw. des Rates eine andere Prioritätensetzung und sehe eine vorherige Unterrichtung als selbstverständlich an.

Dies gelte auch für zukünftige Informationen der Fraktionen des Rates zum Haushalt der Stadt Köln.

Anschließend bedankt er sich für die Anwesenheit des Oberbürgermeisters und dessen Ausführungen. In dieser schwierigen Situation halte er es für richtig, frühzeitig in eine Diskussion einzutreten. Er bitte den Stadtkämmerer noch ergänzend darzulegen, wo noch Potential im Bereich der Investitionen vorhanden sei und ob alle bisherigen Standards beibehalten werden müssen oder Einsparmöglichkeiten bestehen. Bezüg-

lich möglicher Gebührenerhöhungen merkt er an, dass hierbei auch deren Grenzen und die damit in Zusammenhang stehenden Gegenleistungen betrachtet werden müssten. Zudem müsste die Wirtschaftskraft der Stadt durch Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen gestärkt werden. Ferner gelte es den Bildungsbereich vor Kürzungen zu bewahren. Bezüglich des vorliegenden Antrages spricht er sich für eine Entscheidung im Hauptausschuss aus. Dies eröffne die Möglichkeit, weitere Informationen seitens der Verwaltung zu erhalten und die Unterlagen zum Haushalt in einem zeitlich angemessenen Rahmen zu analysieren. Er bitte die Verwaltung hierbei um weitere Unterstützung.

Ratsmitglied Frank erinnert daran, dass sich die externen Rahmenbedingungen gegenüber dem vorherigen Haushaltssicherungskonzept im Jahr 2003 erheblich verschärft haben. Zudem werde das Konnexitätsprinzip seit Anfang der neunziger Jahre dauerhaft unterlaufen. Dies führe dazu, dass die Einnahme- und Ausgabenseite einer Vielzahl von Städten auseinanderlaufe. Dieser Prozess habe sich verstärkt, so dass einem gerechten Finanzausgleich eine hohe Bedeutung zukomme. Da das strukturelle Defizit bei einem Rückgang der Einnahmen nicht mehr ausgeglichen werden könne, liefen viele Maßnahmen in einer Art Notstandverwaltung, bei der versucht werde wichtige Strukturen zu erhalten. Im Ergebnis stelle dies aber kein wünschenswertes Leistungsangebot im Sinne der Bürgerinnen und Bürger dar. Für die Entwicklung der nächsten Jahre seien eine Erholung der Wirtschaft und eine Entlastung der Kommunen von entscheidender Bedeutung. Zudem schaffe die derzeit geltende vorläufige Haushaltsführung wenig politische Gestaltungsmöglichkeiten und erhöhte Anforderungen an die Verwaltung. So müsse die Sicherung der Liquidität im Bereich der freien Träger bei den großen Handlungsfeldern Jugend und Soziales zunächst durch die Verwaltung erfolgen. Insofern müsse den Betroffenen eine entsprechende Planungssicherheit signalisiert werden. Mit dem vorliegenden Antrag solle dokumentiert werden, dass der von der Verwaltung eingeschlagene Weg einer freiwilligen Konsolidierung begrüßt werde. Hinzukomme, dass der ursprünglich für das Jahr 2010 vorgelegte Haushaltsplanentwurf unter den gegebenen Bedingungen nicht umsetzbar gewesen sei und in einen Nothaushalt geführt hätte. Der nunmehr angestrebte Zeitraum einer mittelfristigen Konsolidierung müsse verstärkt dafür genutzt werden, durch Kennziffern oder vergleichende Darstellungen Maßnahmen zu begründen und mehr Transparenz sowie weitere Handlungsmöglichkeiten zu schaffen. Darüber hinaus müsse die Erhebung von Gebühren und Entgelten einer erneuten Betrachtung unterzogen und der Rahmen des sozialen Netzes sowie der Bildung erhalten werden. Hier bestehe noch erheblicher Informations- und Diskussionsbedarf im Hinblick auf eine Prioritätensetzung.

Letztendlich müsse im Rahmen der Bürgerbeteiligung und Informationen deutlich werden, dass die derzeitige Situation nicht selbstverschuldet sei und ein stärkeres Miteinander, insbesondere bei den nicht städtischen Trägern, notwendig ist. Daneben müsse an das Verständnis und die Unterstützung durch ein geändertes Bürgerhausverfahren appelliert werden.

Ratsmitglied Breite sieht sich außerstande eine Stellungnahme zu den Informationen abzugeben, da ihm keine Daten und Inhalte des angesprochenen Sparpaketes bekannt sind.

Seine Fraktion unterstütze aber die Bemühungen zur Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Dies sei unter anderem durch eine Unterstützung des Antrages der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der Pauschalkürzungen deutlich geworden. An dem hiermit eingeschlagenen Weg gelte es, trotz erforderlicher Prioritätensetzungen, auch im dritten Quartal festzuhalten. Nunmehr hoffe er,

dass den Fraktionen in Kürze die Liste mit den Sparvorschlägen vorgelegt werde. Bezüglich des vorliegenden Antrages halte er einige Formulierungen für verbesserungswürdig. Die vorgestellten Maßnahmen könne seine Fraktion mittragen.

Ratsmitglied Ludwig ist der Auffassung, dass bereits durch die pauschalen Kürzungen eine Vielzahl von Projekten in Gefahr geraten ist und dadurch in soziale Strukturen eingegriffen werde. Eine weitere Kürzung führe daher unweigerlich zur Verschlechterung von Lebensverhältnissen. Bereits seit Jahren sei ein auseinanderdriften der Verhältnisse in den einzelnen Stadtteilen festzustellen. Insofern stehe seine Fraktion einem Kürzungsprogramm der etablierten Parteien entgegen und sehe sich an der Seite hiervon Betroffenen. Unabhängig von der Einbringung des Haushaltes halte er bereits jetzt eine umfassende Information über die Schwerpunkte der Einsparungen für notwendig.

Der Ausschussvorsitzende stellt nochmals fest, dass die Beratung in den politischen Gremien mit der Einbringung des Haushaltes in der Sitzung des Rates am 13.07.2010 beginne. Die hier stattfindende Vorabinformation habe es bisher noch nicht gegeben. Insofern habe die Verwaltung hier einen neuen Weg zur Information des Finanzausschusses und der Öffentlichkeit eingeschlagen. Dies stelle einen erheblichen Fortschritt dar.

Abschließend regt er an, den vorliegenden Antrag in den Hauptausschuss zu verweisen.

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Ratsmitglied Breite bezieht sich auf die Beantwortung der Anfrage AN/0287/2010 in der letzten Sitzung des Finanzausschusses zur Zweitwohnungssteuer. Inzwischen habe er die Antwort ausgewertet und festgestellt, dass sich per Saldo die dadurch realisierten Einnahmen auf rd. 400.000. Euro belaufen. Vor diesem Hintergrund erfülle diese Steuer nicht die ursprünglichen Erwartungen.

Die Verwaltung führt aus, dass bei dieser Betrachtungsweise die zusätzlichen jährlichen Schlüsselzuweisungen in Höhe von rd. 9 Mio. Euro übersehen werden. Im Übrigen seien bei den Ausgaben gewisse Anfangsverluste durch notwendige Investitionen und Zusatzarbeiten enthalten. Eine Kontrollberechnung für 2010 habe ergeben, dass diese Ausgaben absinken werden.

2 Mitteilungen der Verwaltung

2.1 Konjunkturpaket II Statusbericht 26.05.2010 2201/2010

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.2 Entwicklung des Anordnungssolls der Gewerbesteuer und Branchenaufteilung 2361/2010

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.3 Entwicklung der Gewerbesteuer
2435/2010**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.4 Ergebnisse der Steuerschätzung von Mai 2010 und Auswirkung auf den
städtischen Haushalt
2441/2010**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Ausschussvorsitzende stellt lobend heraus, dass diese Zahlen bereits durch die konservativen Schätzungen der Verwaltung berücksichtigt wurden und daher eine gute Arbeitsgrundlage darstellen..

Ratsmitglied Klipper bittet um Vorlage einer Darstellung über den Stand der Verschuldung.

Die Verwaltung sagt dies zu.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**3.1 Anfrage der FDP-Fraktion betr. Außenstände der Stadt Köln
AN/1092/2010**

Die Verwaltung führt aus, dass eine Beantwortung in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich war und daher zur nächsten Sitzung nachgereicht wird.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Antrag der FDP-Fraktion betr. Neues Kommunales Finanzmanagement:
Eröffnungsbilanz - Unbebaute Grundstücke
AN/0589/ 2010**

Die Verwaltung führt aus, dass eine Unterteilung der Position „unbebaute Grundstücke“ in acht Kategorien erfolgt sei und diese der Eröffnungsbilanz beigefügt werde.

Ratsmitglied Frank hält die Erläuterungen an einigen Stellen der Eröffnungsbilanz für verbesserungsbedürftig. Insofern wäre er für eine nähere Erläuterung der Herleitung und der Kategorisierung dieser Aktivposten dankbar.

Ratsmitglied Breite zieht den Antrag nach kurzer Aussprache zurück.

4.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Hpl 2010/2011 - Haushaltskonsolidierung AN/1133/2010

Der Ausschussvorsitzende regt an, den Antrag in den Hauptausschuss zu verweisen.

Beschluss:

in den Hauptausschuss verwiesen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

5 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten sowie Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Mitteilungen über Kostenerhöhungen gemäß § 24 Absatz 2 Gemeindehaushaltsverordnung in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln

7 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes

7.1 Sanierung und Umgestaltung des Spielplatzes Katharinenstraße in Köln-Godorf 0197/2010

Ratsmitglied Henk-Hollstein ist der Auffassung, dass es sich bei der Sanierung des Spielplatzes um eine sehr aufwendige Maßnahme handelt und fragt im Hinblick auf die Gesamtkosten, ob eine Beteiligung der Kirche zu erwarten sei und sich diese Kosten innerhalb des Pachtzeitraumes überhaupt amortisieren.

Die Verwaltung antwortet, dass es sich hierbei um eine große Sanierungsmaßnahme handelt, welche sich an den üblichen Finanzierungsregeln orientiere. Eine Zuschussung durch Dritte sei nicht vorgesehen, da es sich um einen öffentlichen Spielplatz handele.

Ferner sei den beigefügten Unterlagen zu entnehmen, dass hier sehr viele Spielmöglichkeiten geschaffen würden.

Ratsmitglied Frank fragt an, wie die Angelegenheit vom Rechnungsprüfungsamt bewertet werde. Bisher liege ihm weder eine Stellungnahme noch die Antwort der Verwaltung hierzu vor.

Der Vertreter des Rechnungsprüfungsamtes teilt mit, dass die Stellungnahme der Verwaltung seit Ende März 2010 vorliege. Hierin sei einer Sanierung grundsätzlich zugestimmt worden, wobei aber hinsichtlich der Spielgeräte nochmals um eine Prüfung der vorgesehenen Investitionskosten gebeten wurde. Da diese Stellungnahme für die

fachliche Beratung in den Gremien bedeutsam sei, rege er an, diese hierüber zu informieren.

Die Verwaltung sagt zu, diese Stellungnahme dem Jugendhilfeausschuss und der Bezirksvertretung zu übersenden.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, zu den aufgeworfenen Punkten (wie z.B. der Dimensionierung, Ausstattung, Prüfungsbemerkung des Rechnungsprüfungsamtes) nochmals Stellung zu nehmen und einen weiteren Vorberatungslauf mit Beschlussfassung durch den Finanzausschuss durchzuführen.

Beschluss:

zur erneuten Beratung in den Jugendhilfeausschuss und die Bezirksvertretung 2 verwiesen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

- 8 **Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 9 **Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen**
- 10 **Außerplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen**
- 11 **Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2010 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2008/2009 in analoger Anwendung 1993/2010**

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch den Kämmerer/Fachbeigeordneten in der Zeit vom 29.04.2010 bis 25.05.2010 für das Haushaltsjahr 2010 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen (lt. Anlage 1a).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zur Kenntnis genommen

- 12 **Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 12.1 **Teilprojekt aus dem Sanierungsgebiet Finkenberg hier: Umbau des Nahbereichszentrums Finkenberg 1217/2010**

Ratsmitglied Henk-Hollstein übergibt der Verwaltung eine schriftliche Anfrage und bittet die darin enthaltenen Fragen vor einer Beschlussfassung zu beantworten.

(Anmerkung: siehe Anlage 1.):

Ratsmitglied Frank stellt fest, dass die Anfrage den Fachausschuss betrifft, welcher bereits beraten habe. Insofern hätten diese Punkte bereits geklärt werden können.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Beantwortung schriftlich vorzunehmen und die Vorlage ohne Votum in den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen.

Beschluss:

ohne Votum in den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen

**12.2 Finanzierung/Bedarfsfeststellung städtebaulicher Masterplan für die Kölner Innenstadt;
hier: Arbeit der Lenkungsgruppe
1228/2010**

Der Ausschussvorsitzende informiert über eine geänderte Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungsausschusses.

Beschluss gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses:

Der Rat beschließt für die Arbeit der Lenkungsgruppe zur Umsetzung des städtebaulichen Masterplans für die Kölner Innenstadt die notwendige Finanzierung für das laufende Haushaltsjahr 2010 sicherzustellen.

In Anlehnung an den Bedarf aus 2009 werden hierfür in 2010 im Teilplan 0901 – Stadtplanung, Teilplanzeile 13

100.000 €

zur Verfügung gestellt.

Über die ab dem Haushaltsjahr 2011 bereitzustellenden Mittel wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zum Doppelhaushalt 2010/2011 entschieden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12.3 Jahresabschluss 2009 der Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB),
AöR
1767/2010**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt folgenden Beschlüssen des Verwaltungsrates der Stadtentwässerungsbetriebe (StEB), AöR zu:

- der Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2009

- dem Vortrag des Jahresüberschusses nach Abzug der Gewinnausschüttung (11.844.785,61 Euro) von 1.707.725,48 Euro auf neue Rechnung, so dass sich ein Bilanzgewinn von 19.088.509,15 Euro ergibt.
- der Billigung des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2009
- der Entlastung des Vorstandes der StEB für das Wirtschaftsjahr 2009

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12.4 Konjunkturprogramm II - Zusammenfassung und Umwidmung der Maßnahmen 42-141 (Neumöblierung VHS-Studienhaus) und 42-142 (Beschaffung Medienmöbel VHS-Studienhaus) 1770/2010

Ratsmitglied Reinhardt begrüßt die Maßnahmen. Sie bittet dafür Sorge zu tragen, dass bei den zu beschaffenden Ausstattungsgegenständen energieeffiziente Geräte ausgewählt werden.

Die Verwaltung sagt sichert dies zu.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Zusammenführung der Maßnahmen 42-141 (Neumöblierung VHS-Studienhaus) und 42-142 (Beschaffung Medienmöbel VHS-Studienhaus) aus dem Konjunkturprogramm II zu einer neuen Maßnahme „Möbel-, Medien- und Technikausstattung von Räumen der Volkshochschule“.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12.5 Sanierung Opernquartier Köln, VOF-Verfahren für Leistungen der Objektplanung 2168/2010

Ratsmitglied Klipper bezieht sich auf die vorliegende juristische Stellungnahme, wonach ein erneutes Vergabeverfahren notwendig sei. Da dies im Widerspruch zu einem Beschluss des Rates stehe die Architekten beizubehalten, bitte er um nähere Informationen.

Ratsmitglied Böllinger vermisst eine umfassende Erläuterung und Abwägung der Verwaltung zu den unterschiedlichen Aussagen.

Die Verwaltung teilt ergänzend mit, dass das zentrale Vergabeamt ebenfalls zu dem Ergebnis gekommen sei, dass eine Ausschreibungspflicht bestehe. Dies begründe sich aus der Tatsache, dass bei der alten Ausschreibung aus den Bereichen Neubau und Sanierung jeweils eigenständige Referenzen nachgewiesen werden mussten. Da nunmehr auch Bewerbungen für einen Neubau des Schauspielhauses vorlagen, habe sich die Verwaltung für eine neue Ausschreibung entschieden.

Ratsmitglied Klipper fragt an, ob die Aussage zutreffend sei, dass die Verwaltung nicht

mehr an einer Zusammenarbeit mit dem bisherigen Planungsbüro interessiert ist und daher auf einer neuen Ausschreibung bestehe.

Die Verwaltung antwortet, dass ihr eine derartige Aussage nicht bekannt sei. Im Übrigen sei das Gutachten völlig unabhängig von den unterschiedlichen verwaltungsinternen Positionen und Bewertungen erstellt worden. Bei dem Inhalt des Gutachtens handele es sich vielmehr um die bereits anfänglich vertretene Position.

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die nochmalige Überprüfung der Rechtsauffassung.

Diese sei unter den gegebenen Umständen richtig gewesen und schaffe die Basis für eine öffentliche Darstellung.

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen der Stadt Köln, das im Zuge der Sanierung des Opernquartiers notwendige europaweite VOF-Verfahren zur Erlangung eines Objektplaners unverzüglich durchzuführen.
2. Für die Durchführung des VOF-Verfahrens werden Mittel in Höhe von rund 15.000 Euro benötigt. Die Mittel werden im Wirtschaftsplan der Bühnen veranschlagt und durch Kreditaufnahme vorfinanziert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12.6 Förderprogramm des Bundes für Investitionen in nationale Welterbestätten hier: Förderantrag für das Projekt "Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium", Mitteleinstellung in den Haushalt und Freigabe investiver Auszahlungsermächtigung 2106/2010

Der Ausschussvorsitzende bittet, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Ratsmitglied Breite bittet um Prüfung, ob eine Beschlussfassung auch erst in der Sitzung des Rates am 13.07.2010 erfolgen kann. Damit könne der Stadtentwicklungsausschuss beteiligt und offene Fragen geklärt werden.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Vorlage in die nächste Ratssitzung zu verweisen und gleichzeitig der Verwaltung Gelegenheit zu geben, über eine spätere Beschlussfassung zu befinden.

Beschluss:

ohne Votum in den Rat verwiesen

13 Mündliche Anfragen

Anfragen wurden nicht gestellt.

.....
Börschel
Ausschussvorsitzender

.....
Rausch
Schriftführer